

# TRIBÜNE



PB-PP | B-00802  
BELGIE(N) - BELGIQUE

MARS 2023

**CGSP - AZÖD**

**FGTB ÖFFENTLICHER DIENST**

**Gemeinsam stark**

**DOSSIERS: S. 6-9**



## **DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN:**

# **Nur ein Taschenspielertrick?**



**EDITORIAL s. 3**  
Wir sind keine  
Anpassungsvariablen



**DAMIEN PIRON s. 10**  
Ist die Wallonische  
Region bankrott?



**UNSERE RECHTE s. 12**  
Der Geburtsurlaub

## INHALTSVERZEICHNIS ■■■

- 3 EDITORIAL**  
Wir sind keine Anpassungsvariablen
- 4 WIRTSCHAFT**  
FGTB-Barometer: Die Haushalte stehen unter Druck
- 6 DOSSIER**  
Bedingungsloses Grundeinkommen:  
Nur ein Taschenspielertrick?
- 10 GESPRÄCH MIT DAMIEN PIRON**  
La faillite de la Région wallonne ?
- 12 UNSERE RECHTE – UNSERE GESCHICHTE**  
Der Geburtsurlaub
- 14 IRW-CGSP JUGEND**  
Ein Gesellschaftsprojekt
- 15 UNSERE KULTUR**  
Frauen erhebt euch!

## IN MEMORIAM



Mit großer Trauer haben wir zu Beginn des Jahres vom unerwarteten Tod unseres Kameraden Jean-Claude Vandermeeren erfahren.

Jean-Claude Vandermeeren wurde dreimal zum Generalsekretär des wallonischen FGTB gewählt und übte dieses Amt von 1996 bis 2008 aus.

Mit 16 Jahren wurde Jean-Claude im Zuge der Streiks der 1960er Jahre Mitglied der FGTB-Jugend und war ein parteiunabhängiger Gewerkschafter. Er neigte zu denkwürdigen Wutausbrüchen und war zu Verhandlungen, aber auch zu Aktionen bereit, wenn es notwendig war. Er war in der Regionalstruktur von Namur, der föderalen FGTB und schließlich in der wallonische Interregionale tätig und ein leidenschaftlicher Verfechter einer starken, branchenübergreifenden FGTB. Als überzeugter Regionalist war er auch ein Befürworter eines starken Sozialsicherheitssystems und eines solidarischen Föderalismus. Jean-Claude war auch und vor allem ein Mann mit Prinzipien und Überzeugungen.

Er war ein Aktivist, der sein ganzes Leben lang für soziale Gerechtigkeit gekämpft hat.

Unsere Gedanken sind bei seiner Familie und seinen Angehörigen.

**CGSP - AZÖD**  
**FGTB ÖFFENTLICHER DIENST**  
**Gemeinsam stark**



## WIR SIND KEINE ANPASSUNGSVARIABLEN!

Es steht fest: Auf Initiative der CGSP werden die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes am 10. März streiken. Diese Ankündigung wird mit Sicherheit genervte Kommentare von rechts hervorrufen, in denen die Gründe und der Nutzen einer solchen Aktion hinterfragt und unser Verantwortungsbewusstsein in Zweifel gezogen werden wird. Wir haben uns an diese Leier gewöhnt und haben nicht die Absicht, diese Stimmen zu bekehren. Wir möchten an dieser Stelle dennoch die Gelegenheit nutzen, um den aktuellen Sachstand zu schildern.

### WIR HABEN RECHT!

Obleich als wesentlich betrachtet und sogar täglich applaudiert, sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einmal mehr das Ziel von Sparmaßnahmen. Die Begründungen sind immer die gleichen: Es muss gespart werden.

Unter diesem Vorwand werden unsere Renten auf inakzeptable Weise Gegenstand von Erpressung, und ihre Reform ist zu einer Vorabbedingung geworden, wenn wir in den Genuss der Beträge aus dem europäischen Konjunkturprogramm kommen wollen.

Man muss nämlich wissen, dass der Betrag, den Europa Belgien im Rahmen des Konjunkturpakets zuteilt, in mehreren Tranchen ausgezahlt wird und dass die Auszahlung dieser Tranchen nicht automatisch erfolgt, sondern an Bedingungen geknüpft ist. So hat sich Belgien unter anderem dazu verpflichtet, sein Rentensystem zu reformieren, um in den Genuss der europäischen "Hilfe" zu kommen.

Unter Kriminellen nennt man so etwas Erpressung!

Der Premierminister nahm die Sache in die Hand und drohte, die Angleichung der Renten, die Tantiemen und die Sonderrentensysteme zu beschneiden, um die Forderungen der Kommission zu erfüllen und sie zu veranlassen, die versprochene "Hilfe" zu leisten.

Die CGSP verurteilt diese Vorgehensweise, die aus einem Konjunkturprogramm ein Strukturanpassungsprogramm macht und eine notwendige Unterstützung in ein Druckmittel umwandelt, das unsere Solidaritätsmechanismen in Frage stellt. Gleichzeitig zieht die Regierung, anstatt die gesetzliche Rente von Vertragsbediensteten im öffentlichen Dienst deutlich anzuheben, die Möglichkeit in Betracht, ihnen eine zweite Säule zu gewähren und ihre Zukunft der Spekulation und den Unwägbarkeiten des Finanzsystems auszusetzen. Als ob unser Leben auf dem Würfelbrett entschieden werden könnte!

### DER NUTZEN ÖFFENTLICHER DIENSTLEISTUNGEN

Die Haushaltskürzungen, denen der öffentliche Dienst zum Opfer fällt, verschlechtern die Arbeitsbedingungen und beeinträchtigen die Qualität der Dienstleistungen, die der Bevölkerung erbracht werden.

Dennoch beweisen die öffentlichen Dienste jeden Tag aufs Neue, wie nützlich sie sind.

Muss daran erinnert werden, dass man ohne sie über 300 Euro pro Monat zahlen müsste, um seinem Kind den Besuch einer Grundschule zu ermöglichen? Dieser Betrag würde sich in der Sekundarstufe verdoppeln und für einen Monat an der Universität fast 10.000 Euro betragen!

Dasselbe gilt für die Gesundheitsversorgung, den Verkehr, die Kultur, die Sicherheit...

Stellen wir uns vor, wenn auch nur für ein paar Sekunden, es gäbe eine Welt ohne öffentliche Dienstleistungen! Eine Welt, die dem Wettbewerb, der Gewalt und dem Feilschen ausgeliefert wäre! Eine Gesellschaft, in der die Höhe unseres Einkommens darüber entscheiden würde, ob wir medizinisch versorgt werden oder unsere Kinder in die Schule schicken können.

Ohne öffentliche Dienstleistungen wäre uns der Zugang zu vielen grundlegenden Rechten aufgrund mangelnder Mittel verwehrt.

Aus all diesen Gründen rufen wir am 10. März alle Mitgliedsorganisationen zum Streik auf, denn die Verteidigung des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäftigten bedeutet in erster Linie die Verteidigung eines Gesellschaftsmodells, das auf Umverteilung von Reichtum und auf Solidarität beruht.

**Patrick LEBRUN**, Generalsekretär, IRW-CGSP

**Laurent PIRNAY**, Stellvertretender Generalsekretär IRW-CGSP

## FGTB-BAROMETER 2022: DIE HAUSHALTE STEHEN UNTER GROSSEM DRUCK

*Die FGTB hat ihr jährliches sozioökonomisches Barometer<sup>1</sup> veröffentlicht. Dieses Instrument verwendet Zahlenmaterial aus nationalen und internationalen Institutionen. Es bietet eine objektive Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Lage in unserem Land vor dem Hintergrund der Covid-Krise und des Krieges in der Ukraine. Dieser geopolitische Kontext hat einen großen Einfluss auf den Preisanstieg und somit auf die Kaufkraft der Haushalte. Das Barometer befasst sich auch mit den Löhnen, den Unternehmensgewinnen, dem Wohlstand und der sozialen Sicherheit.*

Im Jahr 2022 herrscht auf dem alten Kontinent wieder Krieg. Seine Schrecken haben den Alltag weit über die ukrainischen Grenzen hinaus verändert. Denn der Krieg verursacht nicht nur eine menschliche Katastrophe, sondern auch eine Versorgungskrise, eine Energiekrise sowie eine Inflation von über 10 %, wodurch die Haushalte und Kleinunternehmen, die bereits durch die Corona bedingte Gesundheitskrise stark betroffen waren, erheblich verarmt werden.

### LÖHNE IM SINKFLUG

Seit der Finanzkrise 2008 stagniert die Kaufkraft der belgischen Arbeitnehmer trotz höherer Produktivität. Die Löhne sind in Belgien seit 2009 um gerade einmal 0,9% gestiegen. Das ist bemerkenswert, denn in den Niederlanden und in Frankreich sind die Löhne seit 2009 um 3% bzw. fast 6% gestiegen. In Deutschland sogar um 19%. Andererseits ist die Produktivität der belgischen Unternehmen seit der Finanzkrise gestiegen. Mit anderen Worten: Eine Arbeitsstunde bringt den Unternehmen von Jahr zu Jahr zwar mehr ein, doch auf die Löhne hat sich dies nicht ausgewirkt.

Die FGTB bestreitet nicht, dass die derzeitige Energiekrise Auswirkungen auf die Lage der Unternehmen hat, insbesondere auf kleine Selbstständige und bestimmte KMU. Aber nicht auf alle. Wie sieht es also tatsächlich aus? In der ersten Hälfte des Jahres 2022 erreichten die Gewinne der belgischen Unternehmen ein Rekordniveau. Zum Vergleich: 1999 lagen die Gewinnspannen noch bei 35 %, im zweiten Quartal 2022 stiegen sie auf über 45 % (Quelle: BNB). Im Vergleich zu den Nachbarländern ist dies besonders hoch: Nur in den Niederlanden liegen die Gewinnmargen knapp über 40 %.

Die Katastrophenstimmung der Arbeitgeberverbände über den allgemeinen Zustand der Unternehmen ist also völlig überzogen. Es zeigt sich insbesondere, dass die belgischen Unternehmen in Bezug auf die "Lohnkosten" viel stärker subventioniert werden als die Unternehmen in den Nachbarländern. Im Jahr 2020 beliefen sich diese Zuschüsse auf über 9 Milliarden Euro! Es ist nicht akzeptabel,

dass dies beim Lohnvergleich mit eben diesen Ländern nicht berücksichtigt wird.

### AUTOMATISCHE INDEXIERUNG SICHERN

Die geringen und die mittleren Einkommen werden hart getroffen. Der Anteil der Energiekosten am Familienbudget ist bei niedrigen Einkommen viel höher. Die Zahl der Personen, die sich an das ÖSHZ wenden müssen, um Lebensmittelhilfe, Medikamente usw. zu erhalten, steigt stetig an. Die belgische Regierung hat keine Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise ergriffen, die denen in den Nachbarländern gleichkämen. Dies trägt nicht dazu bei, die Inflation unter Kontrolle zu halten.

Glücklicherweise schützt uns die automatische Lohnindexierung teilweise vor einem Kaufkraftverlust. Die automatische Indexierung ist und bleibt von entscheidender Bedeutung. Das Problem der Kaufkraft darf jedoch nicht unterschätzt werden. Die Arbeitnehmer in unserem Land erhalten seit Jahren nicht das, was ihnen zusteht. Das Lohnnormgesetz von 1996 ist dafür in hohem Maße verantwortlich und muss reformiert werden. Recht geben uns hier die Zahlen u. a. der OECD und Statbel über die wachsende Schere zwischen der Produktivität und den Löhnen sowie über den sinkenden Anteil der Löhne an unserem Wirtschaftssystem und den Anstieg der Gewinne.

### LÖSUNGEN FÜR DIE ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Die Sozialversicherung ist ein wichtiger Stabilisator, aber sie weist Lücken auf. Beispielsweise liegen die meisten Mindestsozialleistungen immer noch unter der Armutsgrenze. Es ist daher nicht hinnehmbar, dass die Arbeitgeber sie im Rahmen des Maßnahmenpakets zur Verbesserung des Wohlbefindens nicht anheben wollen.

Die Zeit der Sparmaßnahmen ist vorbei. Stattdessen sollte die Regierung die Wirtschaft durch Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützen. Es ist an der Zeit, neue Einnahmequellen zu finden. An Optionen mangelt es nicht. Nehmen wir zum Beispiel den völlig misslungenen und nicht finanzierten Taxshift, im Rahmen dessen

die Arbeitgeberzahlungen in die Sozialversicherungskasse einseitig gesenkt wurden. Der Steuertransfer wird durch eine alternative Finanzierung etwas ausgeglichen, was zu Lasten der öffentlichen Finanzen geht. Im Notfall besteht die Möglichkeit, diesen Taxshit rückgängig zu machen. Dadurch könnten jährlich 7,5 Milliarden Euro freigesetzt werden!

Die Finanzierung der Sozialversicherung wird durch die Verbreitung von sozialversicherungsfreien Lohnmaßnahmen untergraben. Die Zwangsjacke des Gesetzes von 1996 hat zu einer Zunahme alternativer Lohnvergünstigungen geführt, die die Sozialversicherung viel Geld "kosten". Wenn schon nur Aktienoptionen und Optionsscheine durch "echte" Löhne ersetzt würden, würde dies für die Sozialversicherung Einnahmen in Höhe einer halben Milliarde Euro generieren.

In steuerlicher Hinsicht müssen wir auf eine Abgabe auf Übergewinne hinarbeiten. Viele Unternehmen erzielen derzeit hohe Gewinne, weil sie sich in der richtigen Branche befinden.

Dies gilt insbesondere für den Energiesektor. Unternehmen wie Shell, Total oder das norwegische Unternehmen Equinor haben in den ersten Quartalen des Jahres 2022 Übergewinne in Milliardenhöhe erzielt.

## **GEWERKSCHAFTSFREIHEIT FÜR SOZIALEN FORTSCHRITT**

Schließlich sind Gewerkschaften in Krisenzeiten von entscheidender Bedeutung. Länder mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad haben den niedrigsten Anteil an Niedriglohnbeziehern. Wenn unsere Gesellschaft

Fortschritte machen soll, muss die Gewerkschaftsfreiheit gewährleistet sein.

Indem die Arbeitgeber die automatische Indexierung angreifen, die sie in den Sektoren mit uns ausgehandelt haben, diskreditieren sie den Sozialdialog. Wir fordern sie stattdessen auf, diesem alle Chancen einzuräumen.

Kurzfristig wünscht sich die FGTB Folgendes: Abkommen über Lohnerhöhungen, eine bessere Erstattung der Transportkosten, den Erhalt von Arbeitsplätzen und Anpassungen zum Laufbahnende für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schwierigkeiten (schwere Arbeiten, lange Berufskarrieren).

Wir erwarten auch eine sachliche Debatte über das Gesetz zur Lohnmäßigung. Die IAO hat eine sehr negative Stellungnahme zu diesem Gesetz abgegeben, da es die Verhandlungsfreiheit behindert, und dürfte die belgische Regierung bald auffordern, in dieser Sache aktiv zu werden. Der wiederholte Einsatz von "Konsumschecks" beweist, dass das Lohngesetz nicht funktioniert. Die Regierung sollte sich dessen bewusst sein.

Dieses sozioökonomische Barometer 2022 der FGTB erinnert daran, dass die Arbeitswelt effektiv unter Druck steht. Die Prekarität nimmt zu, und mit ihr die Unsicherheit, die Langzeiterkrankungen, darunter Depressionen und Burn-out. Ein System, das am Ende ist und dessen Ungleichheiten weltweit betrachtet die Krise der globalen Erwärmung noch weiter verstärken. Die FGTB kämpft für ein nachhaltiges Entwicklungsmodell, in dem der ökologische Übergang als ein Instrument sozialer Gerechtigkeit verstanden wird.

1. <https://www.fgtb.be/barometre-2022>.



# BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN: NUR EIN TASCHENSPIELERTRICK?

*Mit der Coronavirus-Krise ist in Belgien die Debatte über das "Grundeinkommen" oder "Universaleinkommen" wieder entbrannt. Diese Idee scheint auf den ersten Blick einfach und attraktiv zu sein, kann jedoch individuell und auch auf kollektiver Ebene gefährliche Züge annehmen*



In Belgien spricht man im französischen Sprachgebrauch von der « allocation universelle » (Universalzulage), einer idealisierten Version des im Ausland diskutierten bedingungslosen Grundeinkommens ("basic income" auf Englisch). Es existieren zahlreiche andere Bezeichnungen: Bürgereinkommen, bedingungsloses Einkommen, Existenz- oder Autonomieeinkommen... Diese unterschiedlichen Benennungen beziehen sich natürlich nicht auf jeweils identische, konkrete Vorschläge, sodass eine gewisse Verwirrung um dieses Konzept entstanden ist, die von der gesamten politischen Bandbreite genutzt wird. Dabei kann man leicht den Überblick verlieren und läuft Gefahr, eine gefährliche Version des bedingungslosen Grundeinkommens zu unterstützen. Wir werden uns hier gemeinsam einen Überblick über die strittigen Punkte und die potenziellen Risiken verschaffen.

## MEHRDEUTIGE DEFINITIONEN

Der Grundgedanke besteht darin, jedem Bürger, unabhängig von Geschlecht, Alter, Status oder Ressourcen, ein Grundeinkommen ohne jegliche Gegenleistung oder Verpflichtung und vor allem ohne Verknüpfung mit einem Arbeitsplatz zu gewähren. Konkret würde jeder Mensch

von Geburt an bis zum Tod einen Pauschalbetrag erhalten, der ihm einen angemessenen Lebensstandard sichern soll, ohne dass er arbeiten muss.

So formuliert würde das Grundeinkommen den zu erhaltenen Betrag vom beruflichen und familiären Status der Person abkoppeln, im Unterschied also zu jenen Kriterien, die von der belgischen Sozialversicherung bei der Bestimmung des Anspruchs auf Sozialleistungen herangezogen werden. Damit einher gehen Begriffe wie Freiheit und Eigenverantwortung sowie die Suche nach Alternativen zum Sozialversicherungssystem. Dabei hat genau dieses System Solidaritätsmechanismen eingeführt, um soziale Risiken (Arbeitsplatzverlust, Krankheit, ...) zu mildern und Prekarität zu bekämpfen. Das System ist zwar nicht perfekt, aber seine kollektive Finanzierung (hauptsächlich über Lohnbeiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber) gewährleistet eine gewisse Solidarität zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitslosen, zwischen Kranken und Gesunden...

Für den belgischen Philosophen und Wirtschaftswissenschaftler Philippe Van Parijs, den Urheber des Begriffs "allocation universelle", sollte es sich um ein bedingungsloses Recht handeln, das an die Staatsbürgerschaft gekoppelt ist. Hier liegt allerdings eine grundlegende

Zweideutigkeit vor, die viele Politiker ausnutzen: Geht es darum, die Sozialversicherung zu ergänzen (wenn ja: wie soll dies finanziert werden?) oder sie zu ersetzen (durch Abschaffung anderer Zulagen und insbesondere einkommensabhängiger Zuschläge)?

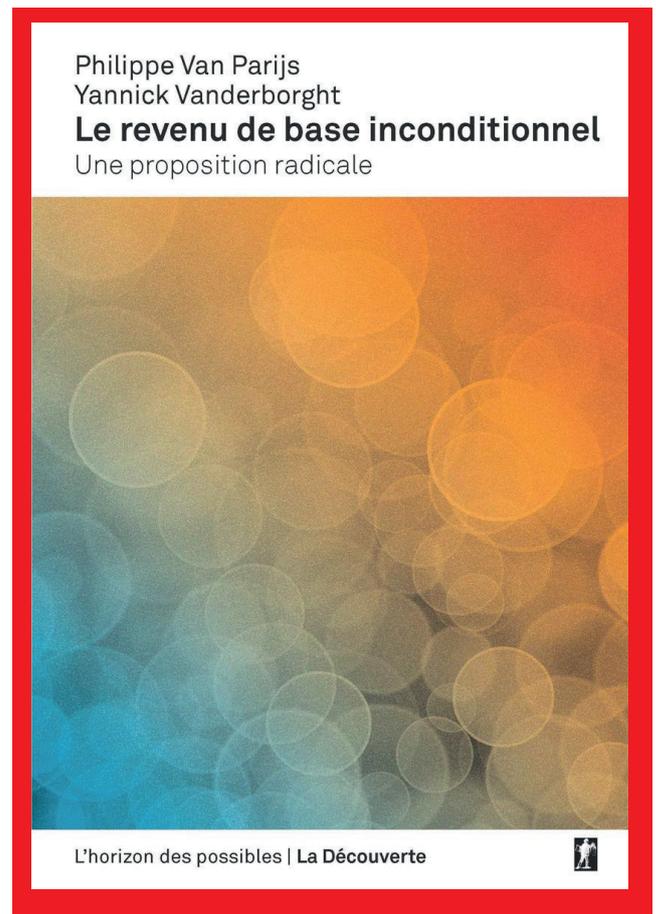
Diese Mehrdeutigkeit erlaubt es beispielsweise Philippe Defeyt (Ecolo) und Georges-Louis Bouchez<sup>1</sup> (MR), den Begriff "Grundeinkommen" aufzugreifen und ihn nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten. So schlägt letzterer ein Grundeinkommen vor, das einen sehr großen Teil der Sozialleistungen (abgesehen von „großen (medizinischen) Risiken“) ersetzen würde. Das Arbeitslosengeld, das Eingliederungseinkommen, die Beschäftigungshilfen, das Kindergeld usw. würden dadurch *wegfallen*. Für den Ersten hingegen würden die Sozialleistungen bestehen bleiben, wenn auch in angepasster Form, da das Grundeinkommen die übrigen Einkommensformen ergänzen würde. Zwei gegensätzliche Vorschläge also, die beim Eintritt in diese Debatte zur Vorsicht aufrufen. Jetzt, wo wir vor diesen konzeptionellen Nuancen gewarnt haben, befassen wir uns im Folgenden mit dem Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens, wie er der politischen Linken vorschwebt.

### DREI KRITERIEN DER BEDINGUNGSLOSIGKEIT

Für die Befürworter dieser Version des bedingungslosen Grundeinkommens müssen drei Kriterien erfüllt sein.

Das erste Kriterium ist der individuelle Charakter der Zulage: Das so bereitgestellte Einkommen würde jedem Bürger individuell ausgezahlt werden und nicht pro Haushalt oder aufgrund des Familienstands. Im aktuellen belgischen Sozialmodell werden die Sozialleistungen hingegen je nach Zusammensetzung der Haushalte gestaffelt. Das Grundeinkommen würde also jedem Mitglied eines Haushalts gewährt, unabhängig davon, ob es sich um ein zusammenlebendes Mitglied, einen Alleinstehenden oder um den Familienvorstand handelt. Auf diese Weise soll die geschlechtsspezifische Diskriminierung rund um den Status von Zusammenlebenden behoben werden (mittels Umsetzung der seit langem geforderten Individualisierung sozialer Rechte durch Abschaffung des Zusammenlebendenstatuts). Es besteht jedoch das parallele Risiko, dass das Grundeinkommen ein starkes Hindernis für den Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt darstellt. Auch das erhöhte Kindergeld (bei Behinderung, für kinderreiche Familien, für Alleinerziehende...) - das ja für viele Haushalte von essenzieller Bedeutung ist - würde mit diesem Pauschalbetrag nicht mehr existieren.

Das zweite Kriterium hängt mit dem universellen Charakter der Leistung zusammen. Sie würde jedem Bürger unabhängig von seiner Arbeitssituation und seinen finanziellen Mitteln gewährt werden. Auf diese Weise sollen "Beschäftigungsfallen" vermieden werden, die durch Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld entstehen. Vor allem aber wäre dies ein Versuch, die Nichtinanspruchnahme von Rechten zu bekämpfen, d. h. jenes Phänomen, wonach Menschen zwar



Anspruch auf Hilfe haben, diese aber nicht wahrnehmen, weil sie ihre Rechte nicht kennen oder weil sie Angst und Scham vor einer Stigmatisierung haben. Natürlich stellt sich sofort die Frage, wer zu den Bürgern gehören soll, die in den Genuss dieses bedingungslosen Grundeinkommens kämen: Etwa alle europäischen Bürger (die sich innerhalb der Europäischen Union frei bewegen können)? Die Bürger mit nicht-europäischer Staatsangehörigkeit? Menschen mit Migrationshintergrund? Was ist mit papierlosen Personen (wenn man diese Frage stellt, hat man sie gleichzeitig beantwortet)?

Schließlich wäre diese Leistung bedingungslos und nicht an Existenz oder Beschäftigung gebunden. Um dieses Einkommen zu beziehen, wäre keine Gegenleistung erforderlich.

Dabei darf ein strittiger Punkt nicht vergessen werden: Dieses Grundeinkommen würde aus einem bestimmten - für alle identischen - Pauschalbetrag bestehen, der ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Egal ob jemand arbeitet, auf Arbeitsuche ist oder nicht, Privatier, Ruheständler oder mit Einschränkungen; egal ob 18, 40 oder 70 Jahre alt; ob Mieter, Eigentümer oder Hausbesetzer, alleine lebend oder Haushaltsvorstand, ob verheiratet, ledig oder zusammenlebend... Alle würden einen Pauschalbetrag in gleicher Höhe erhalten. (Sie sehen, welche Schwierigkeiten auf uns zukommen, wenn man hierbei an Gleichstellung und Verteilung von Reichtum denkt?)

1. Ein persönlicher Vorschlag, der es nicht in das Programm des MR geschafft hat.

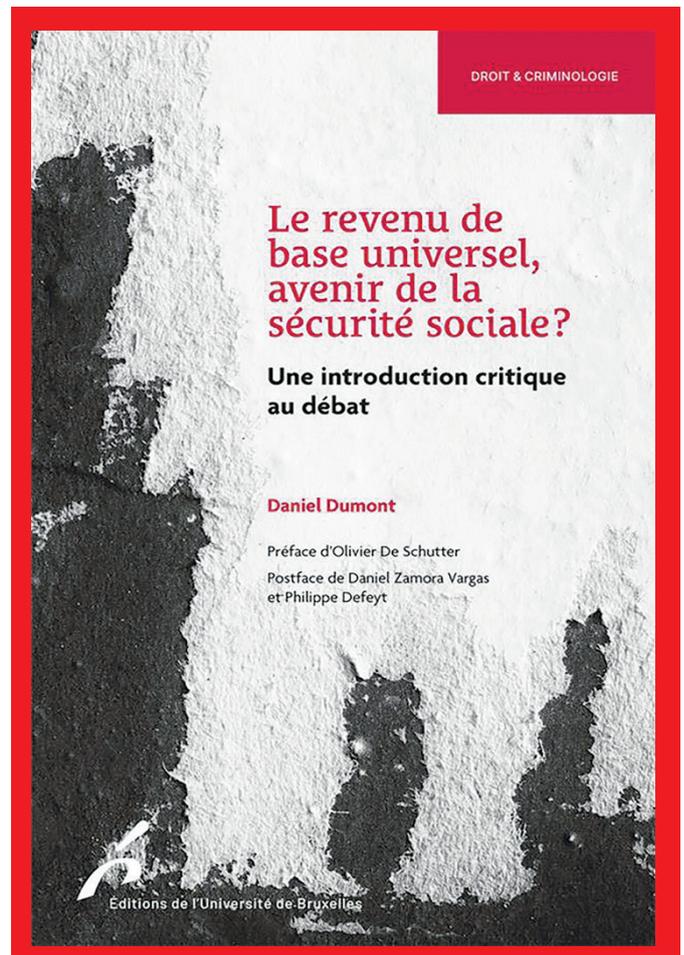
## EIN FINANZIELLES PARADOX

Abgesehen von den Überlegungen hinsichtlich der technischen Machbarkeit stellt sich auch die Frage nach der Höhe der vorgeschlagenen Zulage, und diese variiert je nach Modell: 750 € in der Version von Philippe Defeyt, 1000 € nach den Vorschlägen von Georges-Louis Bouchez, der ja, Sie erinnern sich, einen Großteil der Sozialleistungen durch das Grundeinkommen ersetzen würde. Ohne im Detail auf die ökonomische Vernünftigkeit der Maßnahme einzugehen, kann man sich jedoch bereits Sorgen um den politischen Prozess machen, der damit einhergehen würde: Wer entscheidet über Höhe und Modalitäten? Angesichts der derzeitigen politischen Kräfteverhältnisse in Europa (ganz zu schweigen von Belgien oder Wallonien) werden diejenigen ihre Bedingungen durchsetzen, die die wirtschaftliche Macht haben und diese nutzen wollen, um das bestehende Sozialschutzsystem und die Regulierungswirkung des Arbeitsmarktes zu untergraben.

Abgesehen von der Höhe des Betrags ist es dessen Finanzierung, die sich oft als der Haken an diesen verschiedenen Vorschlägen entpuppt. Wie sollen die Kosten einer solchen Maßnahme finanziert werden? Die politische Linke zieht in der Regel Steuererhöhungen in Betracht (z. B. auf Finanztransaktionen, hohe Einkommen usw.), damit die Maßnahme einen vermeintlichen Umverteilungseffekt hat. Die Parteien des rechten Spektrums wollen die Finanzierung mehrheitlich über Einsparungen durch die Abschaffung von Sozialleistungen (und damit des vom Staat gewährleisteten Sozialschutzes, in den jeder einahlt) oder über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer erzielen, wodurch alle potenziellen Effekte in Sachen Ungleichheiten zunichte gemacht werden.

Wenn man über ein Grundeinkommen redet, dann hinterfragt man die öffentlichen Finanzen, das Steuersystem und die Verschuldung. Vor allem aber die Sozialversicherung, die zum großen Teil (wenn auch keinesfalls ausreichend angesichts jüngst fallender Arbeitgeberbeiträge) durch den sozialisierten Lohn finanziert und paritätisch - also auch unter Beteiligung der Gewerkschaften - verwaltet wird. Was würde bei einem Grundeinkommen aus dieser paritätischen Verwaltung werden? Wäre dies ein Mittel, die Rolle der Gewerkschaftsorganisationen im belgischen Sozialmodell weiter herunterzufahren? Wo es doch im Gegenteil um jeden Preis erforderlich ist, die Gestaltung der Einkommensumverteilung in den Händen derjenigen zu bewahren, die den nationalen Reichtum produzieren - nämlich die Arbeitnehmer - und daher die paritätische Verwaltung der sozialen Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine Maßnahme, die durch ihre Einfachheit bestechen kann, die aber, sollte sie verabschiedet werden, eine echte Umwälzung der Organisation unseres Sozialmodells und damit unseres Solidaritätssystems darstellen würde. Deshalb beschäftigt dieser Gedanken die Menschen: Er hinterfragt die Schwachstellen des derzeitigen Systems und schlägt Antworten vor, deren Grundlage individuelle Autonomie und Freiheit lauten. Er stellt unser Verhältnis zur auf Solidarität mit allen Bürgern aufbauenden Sozialversicherung, in der der Sozialstaat den



Schutz aller vor den großen Risiken des Lebens garantiert, in Frage. Das Grundeinkommen wirft gute Fragen auf, liefert aber schlechte Antworten.

## ENTKOPPLUNG VON EINKOMMEN UND BESCHÄFTIGUNG - EINE GUTE IDEE?

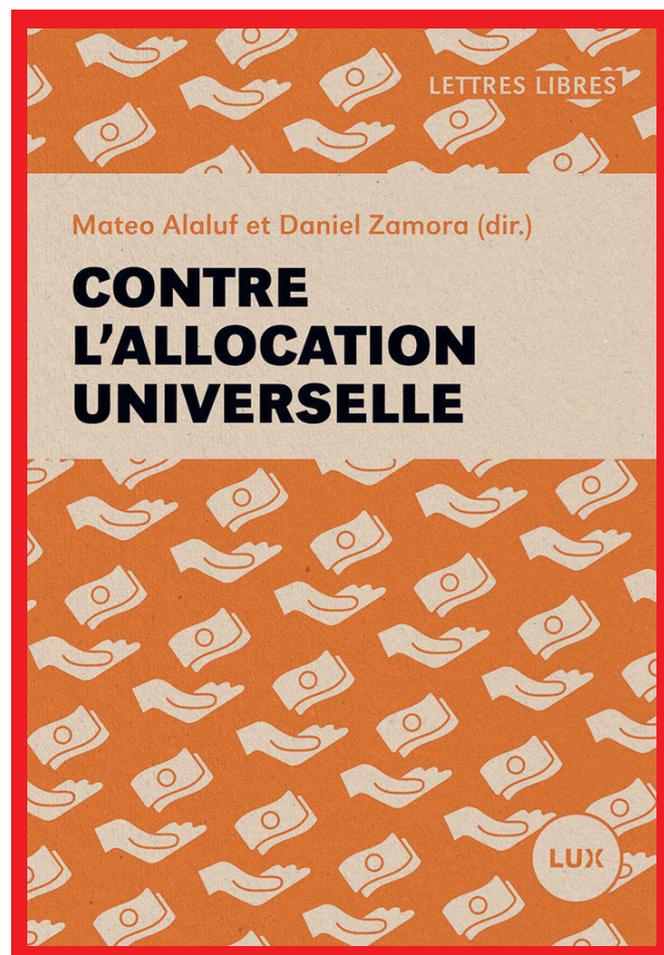
Es ist verständlich: Selbst in seiner besten Version zielt der Vorschlag für ein bedingungsloses Grundeinkommen darauf ab, dieses Einkommen vom Beschäftigungsstatus abzukoppeln. Sie könnten Ihren Tag mit Surfen im Internet verbringen und trotzdem dieses Einkommen beziehen. Eine tolle Vorstellung, oder? Man vergisst dabei ein wenig zu schnell, wie sehr Beschäftigung und in diesem Zusammenhang das Entgelt das Herzstück unseres Sozialschutzmodells bilden.

Warum ist diese Abkoppelung von Arbeit, Entlohnung und Sozialschutz gefährlich? Aus drei wesentlichen Gründen<sup>2</sup>. Erstens, weil man mit der Umverteilungslogik, die unser aktuelles System prägt, bricht, wenn man jedem Individuum unabhängig von seiner Situation denselben Betrag zusteht. Das Grundeinkommen regelt nicht die ungleiche Verteilung von Wohlstand. Zweitens, weil damit auch die Probleme der Prekarität nicht gelöst werden, sondern lediglich deren Auswirkungen gemildert werden, da diese vorgeblich erträglicher werden. Und schließlich, weil auf diese Weise die Formen kollektiver Solidarität zer schlagen werden, denn das Grundeinkommen würde kol-

2. Métallos MWB et Gresea, « Le revenu universel, mauvaise réponse à de vraies questions? », <https://gresea.be>.

lektive Rechte und Garantien durch ein individuelles Recht ersetzen, bei dem jeder "frei" (sic!) wäre, seine eigenen Arbeitsbedingungen auszuhandeln. Dabei vergisst man aber etwas schnell das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, das die Gewerkschaften durch Tarifverhandlungen auszugleichen versuchen.

Der Soziologe Mateo Alaluf, ein vehementer Gegner des bedingungslosen Grundeinkommens, erinnert daran, dass "die Gewährung eines Einkommens, das für alle gleich ist, auf dem Prinzip der Chancengleichheit beruht. Reiche und Arme, Akademiker und Nichtakademiker, Menschen mit oder ohne nützliche soziale Beziehungen verfügen jedoch nicht über die gleichen Ausgangsressourcen. So dass ein und derselbe Pauschalbetrag die Armen in Armut halten und die Zunahme sozialer Ungleichheiten fördern würde"<sup>3</sup>. Ist diese Entscheidung, sich von der Arbeit zu entkoppeln, also eine Niederlage des sozialen und politischen Kampfes um die Bedingungen des Wohlstands? Denn auch darum geht es: Durch das Grundeinkommen wird weder eine kollektive Umgestaltung der Gesellschaft noch ein wirklicher Abbau der Ungleichheiten erreicht. In seinem allgemeinen Verständnis beruht das Grundeinkommen auf Chancengleichheit und geht dabei davon aus, dass jeder die gleichen Chancen auf ein würdiges Leben hat, ohne dabei jedoch die Diskriminierungen zu berücksichtigen, unter denen unsere Gesellschaft leidet und die eben nicht alle Menschen auf ein und dieselbe Stufe stellen. Das Grundeinkommen entpolitisiert diese Fragen, verhindert zum Teil angemessene Antworten, ignoriert die herrschenden Machtverhältnisse und stellt das kapitalistische System ganz sicher nicht in Frage.



Verfügen die Bürger nicht letztlich bereits über eine Form von Grundeinkommen dank der Leistungen, die von den öffentlichen Diensten erbracht werden, welche kollektiv und zum Nutzen aller finanziert zu werden? Liegt die Lösung nicht im Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen und deren staatlicher Finanzierung?

Ich möchte an dieser Stelle den Soziologen Daniel Zamora zitieren: "Was wir brauchen, ist eine Vorstellungswelt, die nicht versucht, den Wettbewerb "gerechter" oder weniger "normativ" zu gestalten, sondern den "sozialisierten" Raum zu vergrößern. In diesem Sinne bedeutet Freiheit nicht nur Zugang zu Markt und Geld, sondern die Verkleinerung des Raums, in dem diese wirken. .

Unsere "sozialen Rechte" ausbauen und damit den Bedarf an monetären Ressourcen in den grundlegenden Bereichen unserer Existenz (Bildung, Gesundheit, Verkehr ...) verringern. Zwar sind die bestehenden sozialen Institutionen von erheblichen politischen Widersprüchen durchzogen, aber sie bilden im Kern auch die Komponenten einer anderen Gesellschaft, in der der Markt nicht mehr den zentralen Platz einnimmt, den er heute hat."<sup>4</sup>

3. M. Alaluf, « Illusion de la raréfaction du travail et magie du revenu universel », [www.revuepolitique.be](http://www.revuepolitique.be).

4. K. Evangelista et D. Zamora, « Un revenu de base de gauche est-il pensable ? », [www.revuepolitique.be](http://www.revuepolitique.be).

## **BANKROTT DER WALLONISCHEN REGION... ODER DER WIRTSCHAFTLICHEN MODELLIERUNG?**

*Im Rahmen einer institutionellen Arbeitsgruppe innerhalb der sektorübergreifenden Gremien der IRW-CGSP, die über die gewerkschaftlichen Positionen hinsichtlich der nächsten Staatsreform nachdenken soll, hat Professor Damien Piron (Universität Lüttich) seine Analyse der öffentlichen Finanzen der Regionen dargelegt. Wir haben diese Gelegenheit genutzt, um ihn zu den medialen Unkenrufen bezüglich eines drohenden, potenziellen Bankrotts der Wallonischen Region zu befragen.*



**In den Medien war kürzlich von einem "drohenden Bankrott" der Wallonischen Region die Rede. Bezieht sich diese Panikmache auf den tatsächlichen Zustand der regionalen öffentlichen Finanzen und was wird unter dem Deckmantel des Begriffs „wallonisches Bankrott-risiko" ins Spiel gebracht?**

Wenn Sie den Ökonomen der Belgischen Nationalbank (BNB) diese Frage stellen, werden diese zweifellos die Auffassung vertreten, dass die Richtung, die das Budget der Wallonischen Region eingeschlagen hat – genauso übrigens wie auch die anderen Instanzen, insbesondere die Französische Gemeinschaft – mittelfristig unhaltbar ist. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass würde man die Ist-Situation der öffentlichen Finanzen im gegenwärtigen Zustand – nach der Covid-19-Krise und inmitten einer Energiekrise, die eine hohe Inflation erzeugt – mechanisch in die Zukunft verlängern, wir mit einem budgetären Desaster rechnen müssten. Es ist die politische Aufgabe solch wirtschaftlicher Prognosemodelle, uns aufzufordern, unverzüglich zu handeln, um das Risiko einer künftigen Katastrophe abzuwehren. Denken Sie z.B. auch an die angebliche "Notwendigkeit", die "Kosten" des Alterns zu senken. Für Wirtschaftswissen-

schaftler ist dies eine Realität, hingegen für die Soziologen und Politologen ist es ein wirtschaftlicher Diskurs, den es zu relativieren gilt und den man auch anders betrachten kann: als einen politischen Diskurs, der darauf abzielt, Dringlichkeitseffekte in Form von Maßnahmen für die öffentlichen Finanzen zu erzeugen. Ökonomen werden sagen, dass vor allem bei den öffentlichen Ausgaben Handlungsbedarf besteht; sie werden als "untragbar" und nicht unbegrenzt verfügbar dargestellt, und es heißt, das "kostenlose Geld" werde irgendwann einmal versiegen. Dabei schaut man aber nie, oder nur sehr selten, auf die Höhe der öffentlichen Einnahmen. Dieser Wirtschaftsdiskurs ist also vor allem ein Mittel, den Staat und seine öffentlichen Finanzen wieder ganz oben auf die politische Agenda zu setzen, um eine Reform der öffentlichen Finanzen mit Blick auf Ausgabenkürzungen zu erzwingen.

**Der Begriff "Tragbarkeit" wird häufig auch im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung verwendet. Inwiefern wird dieser Diskurs über die Tragbarkeit der Staatsschulden von bestimmten Akteuren konstruiert, und wie kann er entkräftet werden?**

Dies ist eine wichtige Frage. Wirtschaftswissenschaftler träumen davon, die Parameter zu bestimmen, ab denen eine Verschuldung als exzessiv angesehen wird. Es gibt eine große Anzahl von Modellen, die für mehr oder minder wissenschaftliche Veröffentlichungen herangezogen werden, und ausdrücken wollen, ab welcher magischen Grenze eine Staatsverschuldung nicht mehr tragbar ist. Diese Vorgehensweise, die sehr beliebt ist und von (insbesondere europäischen) Institutionen übernommen wird, unterschätzt oder vernachlässigt sogar völlig die politische Komponente in der Bewertung der Tragbarkeit einer Verschuldung oder eines Defizits. Man könnte sagen, dass eine tragbare Verschuldung diejenige Verschuldung ist, die von den an der Bewertung der Tragfähigkeit dieser Verschuldung beteiligten Hauptakteuren, insbesondere von den Finanzmärkten, als tragfähig angesehen und dargestellt wird. Diese Argumentation ist ein wenig tautologisch. Vereinfacht gesagt: Solange die Finanzmärkte eine Verschuldung als tragbar ansehen, wird sie es auch bleiben. Aber die Auswertung durch die Finanzmärkte, insbesondere durch die Brille der Rating-Agenturen betrachtet, wird die allgemeine öffentliche Einstellung gegenüber der Tragbarkeit oder Nichttragbarkeit einer Schuld beeinflussen.

Dies ist ein eminent politisches, soziologisches und sogar psychologisches Kriterium, viel mehr als ein wirtschaftliches Kriterium, das mithilfe von Modellen und als objektiv dargestellten Wirtschaftsvariablen festgelegt werden könnte.

**Die regionalen, föderalen und europäischen öffentlichen Finanzen sind also eine hochrangig politische Angelegenheit. Wie könnten nun konkrete Wege aussehen, die regionalen öffentlichen Finanzen in der Wallonie im aktuellen Kontext wieder zu politisieren?**

Es ist klar, dass dies eine Form von Entgleisung ist, oder das Ergebnis dieses besonderen Verständnisses der öffentlichen Finanzen, nämlich auf völlig entpolitisierte Art und Weise, weit entfernt von dem, was die Wirtschaftspolitik einmal war. Meine Forschungen im Bereich der politischen Soziologie der öffentlichen Finanzen zielen gerade darauf ab, die politischen Herausforderungen aufzuzeigen, die diesen vorgeschlagenen Reformen zugrunde liegen. Die Frage, die durch die Sanierung der öffentlichen Finanzen aufgeworfen wird, ist letztlich die Grundfrage in der Politikwissenschaft: Wer gewinnt? Wer verliert? Senkung des öffentlichen Defizits der Wallonischen Region: Wer gewinnt? Wer verliert? Die Föderalen Gebietskörperschaften refinanzieren, die interregionale Solidarität reduzieren oder deckeln (wie es bei der 6. Staatsreform der Fall war): Wer gewinnt? Wer verliert? Die Verwendung von Steuerschlüsseln und das Prinzip des "angemessenen Mittelrückflusses" haben eine politische Konnotation, die vom Thatcherismus inspiriert ist. Diese Vorschläge wurden übrigens in Belgien im Rahmen der Arbeiten der "Ökonomen von Löwen" entwickelt, die versuchten, diese eminent politische Diskussion in rein wirtschaftliche Begriffe zu übersetzen.

Dies zeigt, dass sich dieser Wirtschaftsfiler nicht von selbst durchsetzt: Er wird von Akteuren geprägt, die situierte Standpunkte vertreten, die beleuchtet werden sollten, um dann - nicht mehr nur mithilfe von Wirtschaftsexperten, sondern kollektiv - entscheiden zu können, welches Gesellschaftsprojekt man mithilfe der öffentlichen Finanzen, die letztlich nur ein Mittel und kein Zweck sind, entwickeln möchte. Was ist der Zweck? Will man eine (wenn auch mächtige) Minderheit von Finanzinvestoren und Inhabern von Staatsschulden (hauptsächlich private Gläubiger) schützen oder will man öffentliche Dienstleistungen finanzieren, die die Lebensbedingungen der meisten Menschen verbessern können? Schließlich stellt sich hinter der Frage der öffentlichen Finanzen und ihrer Ausrichtung letztlich die allgemeinste aller politischen Fragen: Wer erhält was, unter welchen Bedingungen und welches Gesellschaftsprojekt möchte man durch die Verteilung der öffentlichen Gelder und des geschaffenen Wohlstands verwirklichen?

**Abschließend: Welchen Einfluss hat der Haushaltsrahmen der Europäischen Union auf die regionalen öffentlichen Finanzen und wie sind die Aussichten in diesem Bereich?**

Seit dem Ausbruch der Pandemie befinden wir uns nach wie vor in einer Phase der Aussetzung der europäischen

Haushaltsregeln - was nicht bedeutet, dass diese nicht mehr existieren -, ganz ähnlich wie unmittelbar nach dem Ausbruch der Finanzkrise und der Rettung der Privatbanken. Die europäischen Institutionen sind damals zu dem Schluss gelangt, dass man zu schnell zu den Sparmaßnahmen zurückgekehrt war, was zu einem weiteren Schock für die Wirtschaftstätigkeit geführt hatte, den man nun zu verhindern versucht. Dies ist der Grund für

die momentane und seit fast drei Jahren geltende Aussetzung der europäischen Haushaltsregeln: Es ist eine positive Lektion, die man aus der vorherigen Krise gezogen hat. Die Frage ist natürlich, ob es sich um eine strukturelle Neuorientierung der europäischen Haushaltspolitik handelt oder nur um ein Intermezzo vor einer erneuten Rückkehr zu einer Sparpolitik. Je mehr Zeit verstreicht, umso mehr gewinnt der Ruf nach einem Sparhaushalt wieder an Anklang und verbreitet sich in der Medienwelt. Man braucht nur die Aussagen des BNB-Gouverneurs mitzuvollziehen, der zunächst ein Verfechter der Sparpolitik war, dann die Aussetzung der Haushaltsregeln in Zeiten einer Pandemie befürwortete und seit einigen Monaten daran erinnert, dass man nicht vergessen dürfe, wieder zur Sparpolitik zurückzukehren. Aus meiner Sicht befinden wir uns heute an einem Scheideweg zwischen dem Bestreben, eine andere Art des Managements öffentlicher Finanzen zu verewigen, und den Widerständen gegen diese Perspektive, die als zu lasch dargestellt wird. Meine Befürchtung ist, dass je mehr Zeit vergeht, desto weniger Gelegenheit besteht, die Dinge grundlegend zu ändern.

Ob die Rückkehr zur Haushaltsdisziplin auf die Tagesordnung gesetzt wird, hängt unter anderem von einer laufenden Reform der europäischen Haushaltsregeln ab. Dabei geht es vor allem um eine größere Offenheit für staatliche Investitionsausgaben, insbesondere zur Finanzierung der grünen Transformation, und weit weniger um die Frage, wie die Haushaltsorthodoxie als solche zu betrachten ist. Die Grundlagen der europäischen Haushaltsdisziplin (Finanzierung über den Markt, Verbot der direkten Finanzierung durch die Europäische Zentralbank, Fokus auf das Defizit und die Staatsverschuldung und deren dauerhafte Reduzierung im Laufe der Zeit), diese großen Leitlinien, die wirklich im Zentrum der neoliberalen Politik Europas stehen, scheinen mir im Rahmen der aktuellen europäischen Diskussionen nicht in Frage gestellt zu werden. Ich bin daher verhalten optimistisch. Dies bedeutet jedoch nicht, dass man nicht für ein anderes Konzept der öffentlichen Finanzen kämpfen kann. Zwar sind die Reformvorschläge nicht unbedingt umwerfend, aber es gibt einen positiven Aspekt: Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um Druck auszuüben und zu versuchen, diesen Raum der haushaltspolitischen Möglichkeiten auf Ebene der europäischen Politik so weit wie möglich zu öffnen.



# GEBURTSTURLAUB - EINE WICHTIGE TRIEBFEDER IN SACHEN GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN

*Es gibt gute Neuigkeiten! Am 1. Januar 2023 ist der Geburtsurlaub (früherer "Vaterschaftsurlaub") von 15 auf 20 Tage verlängert worden. Es handelt sich hierbei um eine langjährige Forderung der FGTB, deren Ziel es ist, die sozialberuflichen Ungleichheiten im Zusammenhang mit der Geburt eines Kindes zu verringern. Auch wenn dieses Recht nunmehr 20 Jahre alt ist, ist unser Kampf für dessen Verlängerung und für die Einführung der verbindlichen Inanspruchnahme aktueller denn je!*



Früher war der Vaterschaftsurlaub als Schutz vor Entlassung und als garantiertes Mindesteinkommen für den Vater gedacht, wenn dieser seine Arbeit unterbrechen wollte, um der Mutter bei der Betreuung des Kindes zu helfen. Diese Art der Gestaltung von Familienaufgaben ist heute überholt. Der *Geburtsurlaub* richtet sich an den Co-Elternteil, um dessen bessere Einbindung zu ermöglichen, da diese der Entwicklung des Kindes förderlich ist.

### VOM URLAUB AUS BESONDEREM ANLASS ZUM GEBURTSTURLAUB

Ab 1978 hatten männliche Arbeitnehmer das Recht, anlässlich der Geburt ihres Kindes drei Tage ohne Lohnverlust dem Arbeitsplatz fernzubleiben. Dieser Urlaub war kein Vaterschaftsurlaub, sondern ein Urlaub aus besonderen Anlässen, genauso wie Urlaubstage für Hochzeiten, Bestattungen usw.

Die von den Gewerkschaften unterstützten Forderungen der Frauen nach einer Verbesserung der Gleichstellung von Mann und Frau haben nach und nach zu einem Umdenken geführt. Und davon profitieren letztlich auch... die Männer! Es wurden verschiedene Gesetzesentwürfe auf den Weg gebracht, aber erst seit dem 10. August 2001 existiert das Gesetz, das ein Jahr später in Kraft tritt und einen echten Vaterschaftsurlaub einführt. Jeder Arbeitnehmer darf innerhalb von 30 Tagen nach der Geburt eines Kindes 10

Tage Urlaub nehmen. Die ersten drei Tage werden vom Arbeitgeber (zu 100 %) bezahlt, die folgenden sieben Tage aus der Sozialversicherungskasse. Die Krankenkasse des Arbeitnehmers zahlt ihm 82 % seines Bruttolohns.

Es dauert noch weitere zehn Jahre, bis dieses Gesetz (am 20. Mai 2011) auch auf Co-Eltern anwendbar ist, d. h. für den Ehepartner gilt, der mit der Person, die das Kind zur Welt bringt, zusammenlebt, sofern niemand anderes einen Anspruch auf diesen Urlaub hat. Das Gesetz wurde zwei Monate später, am 30. Juli, geändert, um den Kündigungsschutz auf bis zu vier Monate nach der Geburt auszudehnen.

Es wird zehn Jahre später, am 1. Januar 2021, durch die Gewährung von fünf zusätzlichen Tagen erneut geändert.

Heute, zwanzig Jahre nach seiner Einführung, wird der Geburtsurlaub daher von 15 auf 20 Tage erhöht, d. h. 4 Wochen für alle Geburten nach dem 1. Januar 2023.

### GELTUNGSBEREICH

Der Geburtsurlaub gilt für den Co-Elternteil, der ein gesetzliches Kindschaftsverhältnis zum Kind hat (der Vater oder die verheiratete Co-Mutter) oder auch kein solches Verhältnis, wenn das Kind nur ein gesetzliches Kindschaftsverhältnis zur Mutter aufweist und beide Eltern zum Zeitpunkt der Geburt rechtmäßig oder seit mindestens drei Jahren

ohne Unterbrechung zusammenleben (Co-Elternschaft). Nur ein einziger Arbeitnehmer hat Anspruch auf Geburtsurlaub, und im Falle von Zwillingsgeburten wird der Urlaub nur einmal gewährt.

Diese Regelung zum Geburtsurlaub gilt für alle Arbeitnehmer, auch für Vertragsbedienstete im öffentlichen Dienst, was jedoch keineswegs ausschließt, dass im öffentlichen Dienst auch andere, eventuell bestehende Urlaubsregelungen angewendet werden. Beamte hingegen behalten während dieses Urlaubs, der als Urlaub aus besonderem Anlass bezeichnet wird, ihr Gehalt. Bei ihnen können jedoch die Anzahl der Tage und die Modalitäten der Gewährung variieren, je nachdem, ob sie für die Lokal- und Provinzverwaltungen, für den Föderalstaat oder für die Gemeinschaften und Regionen arbeiten. Tatsächlich muss die Verlängerung des Geburtsurlaubs auf 15 Tage und dann auf 20 Tage für Beamte des öffentlichen Dienstes noch angepasst werden.

Die 20 Urlaubstage müssen übrigens nicht unbedingt auf einmal genommen werden! Der Beschäftigte kann die Tage nach eigenem Ermessen innerhalb von vier Monaten ab dem Tag der Entbindung nehmen.

## EINE WICHTIGE TRIEBFEDER IN SACHEN GLEICHSTELLUNG VON MANN UND FRAU

Und genau das ist eine entscheidende Frage. Noch immer nehmen mehr als 26 % der Männer (oder Co-Eltern) den Urlaub nicht in Anspruch bzw. berauben sich selbst dieses Anspruchs und zwar sowohl aufgrund zahlreicher noch bestehender Geschlechterstereotypen als auch aufgrund von Befürchtungen hinsichtlich der Entwicklung ihrer beruflichen Laufbahn<sup>1</sup>. Die Frage, ob der Geburtsurlaub obligatorisch ist und verlängert werden sollte, stellt daher die Beziehungen zwischen Frauen und Männern in Frage und ist ein Schlüsselement im Kampf für die Gleichstellung von Mann und Frau.

Dies ist eindeutig der Bereich, in dem die FGTB ihren Kampf führen will.

## DEN GEBURTSTURLAUB VERLÄNGERN

Es ist im allgemeinen Interesse der Gesellschaft, die Dauer des Geburtsurlaubs zu verlängern. 20 Tage sind ok, aber unsere Forderung lautet mindestens 15 Wochen, wie im Falle des Mutterschaftsurlaubs. Eine solche Dauer würde es den Vätern ermöglichen, mehr Zeit mit ihrem Kind zu verbringen, was fast 70% von ihnen auch fordern<sup>2</sup>! Diese längere väterliche Präsenz ermöglicht es den Müttern, sich von der Geburt zu erholen, ohne sich allein um das Neugeborene kümmern zu müssen, sich auszuruhen und sich Zeit für sich zu nehmen. Ein längerer Geburtsurlaub ermöglicht es beiden Elternteilen, präsent zu sein und zu einer gleicheren Aufgabenverteilung zu kommen, die oftmals auch nach der Geburt fortbesteht. Auf diese Weise werden die Rollen der beiden Elternteile in der Erziehung eines Kindes gleichwertig gestaltet. Wenn dies in den

ersten Tagen im Leben eines Kindes fest angelegt wird, kann dies die Grundlage für eine Beziehung sein, in der sich die Mutter nicht *hauptsächlich* um die Kindererziehung kümmern muss.

Darüber hinaus ist der Mutterschaftsurlaub nach wie vor einer der Gründe für das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen. Urlaub im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Entbindung geht in der Regel mit Kosten einher, die von den Frauen getragen werden. Ein Elternurlaub, der zwischen Vater und Mutter gerecht verteilt ist, würde diese Kluft beseitigen. Wie eine schwedische Studie gezeigt hat, würde jeder Monat Urlaub, den der Vater im ersten Lebensjahr des Kindes nimmt, zu einem Anstieg des Gehalts der Mutter um 6,7 % führen<sup>3</sup>.

Da fast acht von zehn Frauen der Meinung sind, dass sich die Mutterschaft negativ auf ihre Karriere ausgewirkt hat, ist es höchste Zeit, ihre Situation zu verbessern. Abgesehen von der Einkommensfrage ist eine Verlängerung des Urlaubs auch ein Mittel gegen die Diskriminierung gegenüber Frauen bei deren Einstellung, unter dem Vorwand, dass sie ja schwanger werden könnten und für das Unternehmen dann teurer wären. Die Einführung eines gleich langen Geburts- und Mutterschaftsurlaubs würde diese Diskriminierung beenden.

## GEBURTSTURLAUB ZUR PFLICHT MACHEN

Aus all diesen Gründen sollte auch der Geburtsurlaub obligatorisch sein. Dies würde dem sozialen Druck entgegenwirken, der durch Geschlechterstereotypen oder sogar die Missbilligung durch den Arbeitgeber entsteht. Vor allem aber würde eine Verpflichtung die Einbindung der Väter in die Pflege und Erziehung des Kindes von Geburt an fördern. Es handelt sich hier um eine gesellschaftliche Norm, die Frauen benachteiligt und die es gemeinsam zu verändern gilt!

Nicht ein einziger Urlaubstag ist in unserem Land verbindlich, im Gegensatz zu Frankreich (eine verbindliche Woche), Portugal (20 verbindliche Tage) oder auch Spanien (6 verbindliche Wochen). Der FGTB fordert, den gesamten derzeitigen Urlaub (4 Wochen) zur Pflicht zu machen. Und wenn der Urlaub 15 Wochen beträgt, sollen die ersten 9 Wochen verbindlich sein, wie es bei Müttern der Fall ist.

Die Botschaft ist klar! Der Geburtsurlaub hat großen Einfluss auf die Gleichstellung, wenn er es der Mutter ermöglicht, ihre Erwerbstätigkeit fortzusetzen. Diese positive Wirkung ist noch größer, wenn er in eine umfassende Gleichstellungspolitik eingebettet ist, die insbesondere ein gut ausgebautes Angebot an familienergänzenden Kinderbetreuungseinrichtungen umfasst.

1. <https://www.fgtb.be/jeunes-parents-comment-concilier-vie-professionnelle-et-vie-privée>.

2. <https://liguedesfamilles.be/article/allongement-du-conge-de-paternite-cette-fois-nattendons-plus-20-ans>.

3. <https://www.cffb.be/lallongement-de-la-duree-du-conge-de-paternite-un-grand-pas-vers-legalite-femmes-hommes/>.

## MITGLIED DER CGSP ZU WERDEN UND SICH DER JUNG-IRW-CGSP ANZUSCHLIESSEN, BEDEUTET, SICH FÜR EIN GESELLSCHAFTLICHES PROJEKT ZU ENGAGIEREN.

Seit seiner Gründung hat sich der Jugendausschuss der IRW-CGSP eingehend mit dem Thema Jugendarbeit und insbesondere mit der Arbeitswelt der jungen Arbeitnehmer:innen im öffentlichen Dienst befasst.

Er zieht daraus zahlreiche Lehren. Er kommt ebenfalls zu der Feststellung, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sich häufig mit den Irrungen und Wirrungen der institutionellen und administrativen Funktionsweise unseres Landes auseinandersetzen müssen, eine Feststellung, die bei unseren Versammlungen oft betont wird. In allen Bereichen stoßen die Beschäftigten bei ihren Bemühungen, den Bürgern einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienst zu bieten, entweder auf strenge Rechtsgrundsätze oder auf komplizierte verwaltungstechnische Interpretationen.

### DU BIST UNTER 35? WERDE MITGLIED!

Die Jung-CGSP hat daher beschlossen, sich dem Problem zu stellen und die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen und Kenntnisse einzusetzen und sie unseren Mitglieder zugänglich zu machen.

Getreu den Grundprinzipien unserer Gewerkschaft und im Einklang mit den heutigen Erfahrungen der Jugendlichen, bearbeiten wir Themen, die sowohl zielgerichtet als auch vielseitig sind. Wir bieten auch eine angemessene gewerkschaftliche Begleitung an, indem wir mit Hilfe einfacher, didaktischer und pragmatischer Mittel kommunizieren. So werden regelmäßig visuelle Schaubilder erstellt und auf unserer Internetseite veröffentlicht.

Somit sind wir in der Lage, junge(n) Beschäftigte(n) bei ihren täglichen Herausforderungen, denen sie sich im Kontakt mit der Vielfalt der Nutzer und der behandelten Themen stellen müssen, bestmöglich zu erklären, zu vermitteln, zu beraten und zu orientieren.

### WIR VERTRETEN DIE WERTE DES SOZIALEN FORTSCHRITTS

Aus diesem Grund ist es unerlässlich, in die Jugend zu investieren, sie ist die Grundlage für einen integrierenden und engagierten Staatsbürgersinn. Und dadurch verankern wir unsere Werte des sozialen Fortschritts sowohl in unseren Gewerkschaftsstrukturen als auch an unseren Arbeitsplätzen. Auf unserer Website finden Sie unsere zahlreichen Arbeitsergebnisse. Wir hoffen, dass diese Ihre Aufmerksamkeit wecken, vor allem aber, dass Sie dazu angeregt werden, sich uns anzuschließen und die Begeisterung mit uns zu teilen! Informationen und Bildmaterial finden Sie unter:

**S'AFFILIER À LA CGSP QUELS AVANTAGES ?**

- UNE ASSISTANCE JURIDIQUE
- UNE PRESSE SYNDICALE
- INFORMATION CONTINUE & MÉDIAS SOCIAUX
- UNE ALLOCATION DE CHÔMAGE
- UNE INDEMNITÉ DE GRÈVE
- DES CONSEILS
- LA DÉFENSE PAR TES DÉLÉGUÉS POUR GARANTIR TES DROITS & INTÉRÊTS AU QUOTIDIEN
- AIDES AUX DEMANDEURS D'EMPLOIS
- UNE PRIME SYNDICALE ANNUELLE

**IRW JEUNES CGSP**

**FOLLOW ME**

QR code

<https://irwjeunescgsp.be/>



# FRAUEN, STEHT AUF!

## DAS LIED DES MLF, EIN MANIFEST FÜR KUNDGEBUNGEN<sup>1</sup>

Für Irène Kaufer

*"Erheben wir uns, versklavte Frauen, und sprengen wir unsere Fesseln. Steht auf, steht auf, steht auf!" Dieser Refrain ist der Refrain der Frauenhymne, die manchmal auch als Hymne des MLF oder *Debout les femmes* genannt wird. Er wurde zu einem Emblem der Frauenbefreiungsbewegung (frz. MLF) und der französischsprachigen feministischen Kämpfe im Allgemeinen, insbesondere bei den Aktionen am 8. März, dem internationalen Tag des Kampfs für die Rechte der Frauen oder gegen sexistische und sexuelle Gewalt.*

Wie jede Befreiungsbewegung hat auch die Frauenbefreiungsbewegung ihre ureigene Hymne... die der Frauen und deren Lieder der Anklage, der Forderungen, der Revolte und der Liebe... In ihren Strophen geht es um die Kämpfe und Konflikte, aber auch um Hoffnung, Freude und Feiern. Sie wurden anlässlich ernster oder freudiger Meilensteine und verschiedener Protestmärsche in den 1970er Jahren geschrieben. Tatsächlich haben Feministinnen immer gesungen, und zwar schon seit Beginn der Bewegung. Zwar fand der erste öffentliche Auftritt des MLF am 26. August 1970 in Paris ohne Musik statt, als ein Dutzend Frauen versuchten, unter dem Arc de Triomphe einen Kranz für "noch unbekannter als der unbekanntes Soldat... seine Frau" niederzulegen. Aber schon auf der Polizeiwache, auf die sie für dieses erste "Sakrileg" gebracht wurden, stimmten sie ein Lied an!

### EIN LIED DES WIDERSTANDS

Sie trafen sich weiterhin. Sie nannten sich "Petites Marguerites", und zu ihnen gehörten unter anderem Cathy Bernheim, Josée Contreras und Antoinette Fouque. Eines Abends treffen sie sich bei Monique Wittig, um die Versammlung am 28. März 1971 auf dem Square d'Issy-les-Moulineaux vorzubereiten, die den hundertsten Jahrestag des Ausbruchs der Pariser Kommune markierte. Sie beschließen, ein Lied zum Gedenken an die Frauen der Kommune zu komponieren.

Sie wählten die Melodie des "*Chant des Marais*", da allen die Melodie eingängig erschien. Es ist ein Kampflied mit einer langen Geschichte, denn es wurde 1933 von kommunistischen Gefangenen im Konzentrationslager für politische Gefangene Börgermoor in Deutschland komponiert. Als Solidaritätslied der Deportierten wurde es auch in den Lagern in Südfrankreich gesungen, wo viele spanische Republikaner von Pétain als "unerwünscht" interniert wurden.

Mouloudji hat das Lied in die französische Sprache übertragen, und es wird zu einem Symbol für die Verteidigung der Freiheiten, über alle Grenzen und politischen Differenzen hinweg.



### DER SCHWARZE KONTINENT

Ursprünglich sollte das Lied nicht zur Hymne einer ganzen Bewegung werden, sondern nur bei dieser Versammlung gesungen werden. Da das Lied jedoch anlässlich verschiedener feministischer Veranstaltungen, insbesondere beim großen internationalen Frauenmarsch am 20. November 1971, sofort angestimmt wurde, erhielt es in einer Ausgabe der Zeitung der Bewegung, *Le Torchon brûle*, vom Februar 1972 die Bezeichnung *Hymne des MLF*.

*"Wir Frauen, die wir ohne Vergangenheit sind, wir, die wir keine Geschichte haben, seit Anbeginn der Zeit, wir Frauen sind wie der schwarze Kontinent".*

Mit diesen Worten, die dazu aufrufen, Frauenrechte geschichtlich zu verankern, beginnt diese Hymne der Frauen. In den Texten geht es um Hausarbeit, um

Verbannung in die Privatsphäre und um sexistische und sexuelle Gewalt. Im übertragenen Sinne bezieht sich der "schwarze Kontinent" hier auf den nicht wahrgenommenen oder unbekanntesten Anteil der Menschheit, den die Frauen repräsentieren<sup>2</sup>.

Mehr als andere Lieder vermittelt dieses Lied die Werte des Feminismus und fordert, Sexismus, Ausbeutung und das Patriarchat zu beenden und die volle Gleichstellung der Geschlechter im Recht und in der Praxis zu verwirklichen. Und das macht seine Beständigkeit aus!

Zu hören auf: Spotify oder

[https://www.youtube.com/watch?v=8VCcrRY3PKU&ab\\_channel=39FemmesVEVO](https://www.youtube.com/watch?v=8VCcrRY3PKU&ab_channel=39FemmesVEVO)

1. <https://www.liberation.fr/culture/musique/la-chanson-du-mlf-un-manifeste-pour-manifs>.

2. Cécile Talbot, « Nous qui sommes sans passé, les femmes » : usages et réappropriations de l'Hymne des femmes dans les collectifs féministes de la troisième vague », *Mots. Les langages du politique*, 124 | 2020.



# DANKKE



## Die öffentlichen Dienste sind Euch näher denn je

